

Offene Worte

Online Nr. 198

Zeitung der LINKEN für den Barnim 16. Okt. 2022, 32. Jahrg.

Gaspreisbremse zum Tauwetter?

Am 15. Oktober forderte das Bündnis „Gerechtigkeit jetzt“ in Potsdam schnelles Handeln.



Foto: Margitta Mächting

Zur Auftaktveranstaltung des Bündnisses „Gerechtigkeit jetzt“, zu dem neben Sozialverbänden und Gewerkschaften auch die Brandenburger LINKE gehört, machten am 15. Oktober hunderte Menschen in Potsdams Innenstadt auf die angespannte Lage in vielen Bereichen aufmerksam. „Wir brauchen jetzt Lösungen, und vor allem welche, die alle verstehen“, forderte der brandenburger LINKEN-Chef, Sebastian Walter. „Wieso zum Beispiel“, so Walter, „sollen Unternehmen den geplanten Gaspreisdeckel ab 1. Januar erhalten – die Bürgerinnen und Bürger aber erst ab März? Nicht nachvollziehbar!“ meint Walter.

Gregor Gysi, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, erklärte bereits am 11. Oktober: „Der Bundeskanzler kündigte ein Entlastungspaket in Höhe von 64 Milliarden Euro an. Er vergaß zu erwähnen, dass Bund und Länder 2022 durch die Inflation 60 Milliarden Euro zusätzlich an Mehrwertsteuer einnehmen werden. Er gibt den Menschen also nur zurück, was er vorher von ihnen eingenommen hat.“ Und die versprochene Gaspreisbremse solle, so Gysi, erst pünktlich zum Tauwetter im Frühjahr kommen.

G! GERECHTIGKEIT. JETZT!

Ran an die Preise!
Ran an die Profite!
Ran an die Probleme der Mehrheit!
Ran an die Ungleichheit!

KUNDGEBUNG
8. November – 18 Uhr
Marktplatz, Bernau



VOLKSSOLIDARITÄT
Barnim e.V.



DIE LINKE.
Kreisverband Barnim

gerechtigkeit-jetzt.org

V.i.S.d.P.: Dominik Rabe, Heegermühler Str. 15, 6225 Eberswalde

Nicht zuständig!

Brandenburger Landesregierung sitzt Probleme aus.

Schnellere Entlastungen, schnelleres Handeln, das fordert der Brandenburger Fraktionschef der LINKEN, Sebastian Walter, seit Monaten von der Landesregierung. In dieser Woche hatte DIE LINKE beantragt, einen Gebührendeckel für Kita- und Schulessen von zwei Euro pro Tag festzuschreiben (OWO vom 12.10.22). Der Landtag lehnte dies ab.

Sowohl von CDU und SPD argumentierten, man brauche „mehr

Zeit“. Man wolle ohnehin Kita- und Schulessen gesünder machen, die Kita-Finanzierung überarbeiten... Schnelle Krisenbewältigung hört sich anders an. So warnte Kathrin Dannenberg (LINKE) davor, dass die Verpflegung der Kinder für Eltern noch teurer werden könnte. Caterer seien zu weiteren Erhöhungen gezwungen. In Schulen habe sich der Durchschnittspreis der Verpflegung bereits auf 4 bis 5 Euro erhöht.

Von Bildungsministerin Britta

Ernst waren erneut viele Allgemeinplätze zu hören. Weder Kitabeiträge noch Essengeld sollen steigen. Daran werde gearbeitet. Die Frage stellt sich: Wie lange?

Und dass ein Beschluss, wie ihn die LINKEN beantragt hatten, nötig sei, wurde in weiteren Ausführungen der Bildungsministerin deutlich: Ernst erklärte, dass das Land nicht zuständig sei. Kommunen und freie Träger hätten für die Kitas einen Versorgungsauftrag. Bei den Schulen seien die kommunalen Träger dafür verantwortlich. Das Bildungsministerium könne nur Qualitätsempfehlungen geben ...

Damit schließt sich der Kreis: Brandenburgs Landesregierung braucht nicht nur ganz viel Zeit, sie kann auch gut aussitzen. Und sie ist vor allem Spitzenreiter darin, sich für nicht zuständig zu erklären. Eine Suche nach Lösungen, wie Menschen in der Krise geholfen werden könnte, gehört offenbar nicht zur Zuständigkeit der Brandenburger Landesregierung. **bc**



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
19. Oktober 2022